



Sabine Poschmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für
den Mittelstand und das Handwerk

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 78494

Fax 030 227 – 76496

E-Mail: sabine.poschmann@bundestag.de

19. August 2015

PRESSEMITTEILUNG

Ulla Schmidt und Sabine Poschmann besuchen Arbeitsprojekt der Diakonie

„Pluspol“, ein Projekt des Diakonischen Werkes Dortmund/Lünen, umfasst zum einen ein Zuverdienstprojekt für psychisch kranke Menschen im Bereich Reinigung und zum anderen einen Ausbildungsbereich für benachteiligte Jugendliche und junge Menschen mit Beeinträchtigungen. Die SPD-Bundestagsabgeordneten Ulla Schmidt (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages) und Sabine Poschmann haben sich heute einen Eindruck des Projektes in dem Hauptstandort der Großküche des Ev. Jugendhilfezentrums Johannes Falk verschafft.

Poschmann: „Die Jugendlichen werden durch diese betreute Form der Ausbildung an den allgemeinen Arbeitsmarkt herangeführt und erhalten oft im Anschluss eine reguläre Beschäftigung“. Derzeit werden sieben Personen zu Fachpraktiker Küche, Fachpraktiker Gastronomie, Hauswirtschafter sowie Koch ausgebildet. Weitere Ausbildungsstätten befinden sich in der Großküche der medizinischen Rehabilitationseinrichtung für psychisch Kranke in Hörde sowie demnächst auch im Tagungs- und Kulturzentrum Wichern in der Nordstadt.

„Wir sollten mehr darüber nachdenken, wie Inklusion in Betrieben gelingen kann und benachteiligte Menschen ihren Platz in der Arbeitswelt finden. Auch im Hinblick auf einen drohenden Fachkräftemangel“, ergänzt Poschmann.

„Derzeit arbeiten wir das sogenannte Bundesteilhabegesetz aus. Für uns Sozialdemokraten steht dabei die Entwicklung eines inklusiven Arbeitsmarktes ganz oben auf der Agenda. Teilhabe am Erwerbsleben ist ein Menschenrecht“, fügt Ulla Schmidt hinzu. „Projekte wie ‚Pluspol‘ stellen in diesem Rahmen positive Modellbeispiele dar. Wir wollen Menschen mit Beeinträchtigungen den Übergang in die Arbeitswelt erleichtern und Möglichkeiten schaffen, die individuell auf ihre Interessen und Fähigkeiten eingehen. Auch eine Rückkehr in ein geschütztes Arbeitsumfeld muss für Betroffene ohne Nachteile ermöglicht werden.“

Seit 2014 erarbeitet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Beteiligung u.a. von Sozial- und Behindertenverbänden den Gesetzentwurf. Im Fokus steht dabei auch die Herausbildung eines breiteren, abgestufteren und bedürfnisgerechteren Job- und Ausbildungsangebotes für Menschen mit Beeinträchtigungen. Das Gesetz soll voraussichtlich 2016 verabschiedet werden.